

Rede zum Auftakt der Jahresversammlung des Stiferverbandes2024

am 25.6.2024 in der Würth Residenz Berlin

Einleitung

Ich danke allen, die mir heute zuhören und erhöhe gleich mal den Druck auf die Stifterinnen und Stifter: Auf Sie alle kommt es gerade in diese Zeiten an. Ich hoffe zumindest, Sie werden das am Ende denken. Mein Impuls hat den Titel „Wenn die Demokratie wackelt, oder warum sich Demokratiean-stiftung jetzt lohnt.“ Dabei möchte ich einen besonderen Blick auf die die Beziehung von Demokratie Bildung und Zukunft lenken und Ihnen in die Gedanken eines Konflikt- und Gewaltforschers geben. Ich werde dazu aktuelle Beobachtungen aus unseren Studien zur Diskussion stellen. Ich spreche aber dabei als Sozialisationsforscher. Die Sozialisationsforschung beschäftigt sich mit der Frage, wie Menschen Mitglieder in Gesellschaft werden. Das ist, wie ich meine, eine sehr zentrale Frage, die sich in Demokratien immer wieder stellt.

Als Konflikt- und Gewaltforscher mache ich mir vielleicht immer Sorgen über den Zustand der Demo-kratie, aber zum Glück bin ich nicht alleine. Spätestens seit der Enthüllung der sogenannten „Remig-rationspläne“ durch das Rechercheteam CORRECTIV im Januar 2024 machen sich viele Menschen Sorgen. Ein Beispiel aus einer aktuellen Studie mag das unterstreichen. In einer repräsentativen Stu-die der R&V Versicherung vom Juli/August 2023 und in Wiederholung im Februar 2024 zeigt sich: Mehr Menschen – 66 % im Vergleich zu 50 % Prozent im Jahr zuvor haben Angst, dass die Spaltung der Gesellschaft zunimmt und zu Konflikten führt. 60 % Prozent im Vergleich zu 38 % im Vorjahr ha-ben große Angst davor, dass sich der politische Extremismus ausbreitet. Dass Herr Würth und die Firma Würth, deren Gast wir gerade sind, sich öffentlich gegen den Rechtspopulismus und Rechtsextremismus positioniert haben, verdient alle Achtung, denn Sorgen sind das eine, Courage das andere. Zur Zivilcourage gehört Mut, da diejenigen, die die Spaltung der Gesellschaft suchen, aggressiv gegen ihre Feinde vorgehen.

Zurück zum Thema: Wie ist es um die ´Demokratie bestellt in diesen herausfordernden Zeiten? Es sind Zeiten der Ungewissheit, angesichts der vielfältigen, globalen und immer enger miteinander ver-bundenen Krisen, wie gerade Unternehmerinnen und Unternehmer wissen. Es sind Zeiten größerer Ungewissheiten, die in Krisen normal sind und mit denen Unternehmen besser umgehen können als die Gesellschaft und/oder Politik. Ebenso wissen Unternehmen, dass es gerade dann darauf

ankommt, eine gute Diagnose der Krise vorzunehmen, um die Ungewissheiten navigieren zu können. Es kommt darauf an, ersten, die Zeiten gut zu bestimmen: In welcher Zeit leben wir? Wo kommen wir her? Eine genaue Analyse des gesellschaftlichen Zustandes hilft dabei, Konflikte um zentrale Themen besser auf der Grundlage von Fakten austragen zu können. Sie hilft auch dabei, die Defizite und Potenziale zu ermitteln. Und mit Blick auf Frage einer Stärkung der Demokratie hilft die genaue Zustandsanalyse auch, um Demokratiebildungschancen ausloten und Kapazitäten zu finden, d.h. Zukünfte zu modellieren.

Meine Grundidee ist: Wir machen neue Formen der Demokratiebildung schneller, einfacher, besser in einer neuen Allianz von Wissenschaft, Zivilgesellschaft inklusive der Stifter und wirtschaftlichen Akteure, die wir brauchen, um stabile gesellschaftliche Zustände herzustellen. Dazu könnte Wissen noch effektiver dorthin gebracht werden, wo es gebraucht wird. Unsere Konfliktakademie in Bielefeld ist ein Ort, wo wir diese Idee entwickeln und aufbauen.¹ Um die Idee weiter auf der Grundlage unserer Studien auszuführen, habe ich zwei Beobachtungen, einen Wunsch und eine Frage mitgebracht.

Erste Beobachtung: Von hier aus, oder warum Sorgen um die Demokratie berechtigt sind

Ich werde zur Begründung auf ein paar zentrale Ergebnisse aus unserer sogenannten Mitte-Studie aus dem letzten Jahr eingehen. Es handelt sich um eine repräsentative Bevölkerungsumfragen aus dem Frühjahr 2023. Auf die methodischen Details werde ich hier nicht näher eingehen.²

Was wir in der Studie beobachten, ist zunächst ermunternd: Eigentlich ist unsere Demokratie stabil gemessen an den Meinungen in der Bevölkerung, und es stellt sich die Frage, ob wir uns auch bald Unkenrufen eines Konfliktforschers nicht eigentlich entspannen können? In Bezug auf den Konsens, dass unsere Gesellschaft offen und vielfältig ist, zeigt sich: 67 % stimmen der Aussage zu: „Wir müssen uns stärker für eine vielfältige und offene Gesellschaft engagieren.“ Aber, es waren 5 Jahre vorher fast 75 %, also 8% mehr. Manche Partei wackelt bei einem Verlust von 8 % ganz gehörig. Auch das *Demokratievertrauen* ist mehrheitlich hoch: 57 % stimmten der Aussage zu: „Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut.“ Aber, es waren 5 Jahre vorher 65 %, also 8 % mehr. Es mag daher nicht verwundern, dass 2023 39 Prozent - 5 Prozent mehr als vor der Pandemie - meinten: „Die Demokratie ist in erheblichem Maße gefährdet.“

Und auch in Bezug auf den zentralen Grundsatz der Demokratie beobachten wir Stabilität wie auch Rückläufe. Wir feiern in diesem Jahr den 75 Geburtstag des GG. Wir alle wissen, dass die dort

¹ <https://www.uni-bielefeld.de/zwe/ikg/projekte/conflicta/>

² Die Studie ist online vollständig zugänglich unter: <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>

festgeschriebenen Normen auf dem Prinzip der Zumessung an Würde eines jeden Menschen basiert. Im Jahr 2023 meinten 87 %: „In einer Demokratie sollte die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen.“ Das ist viel, aber es waren 2018/19 fast 93 Prozent; es waren 6,4 % weniger Zuspruch als 5 Jahre zuvor.

Insgesamt ist der Zuspruch einer Mehrheit zur Demokratie also noch hinreichend, allerdings geht unser Blick in den Studien tiefer und nimmt auch antidemokratische und demokratiegefährdende Einstellung unter die Lupe. Insbesondere interessiert uns die Frage, inwieweit diese in der Mitte der Gesellschaft verankert sind, dort Anklang finden, vertreten werden oder auch verharmlost werden. Dazu gehören Menschenfeindlichkeiten, wie auch der Glaube an Verschwörungsmythen, Populismus und v.a. rechtsextreme Orientierungen; also Einstellungen, die die Grundnormen und Institutionen infrage stellen und die Demokratie zum Wackeln bringen und vor denen die Bildung schützen sollte.

- ◀ In den letzten Wochen haben wir viel von Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker gesprochen. Eine Demokratie ist besonders dann gefährdet, wenn das Gewaltmonopol wankt und oder politische Gewalt gebilligt wird. In der Mitte-Studie beobachten wir, dass 13 % eine Billigung politische Gewalt akzeptieren. Zwei Jahre vorher waren es 5 % und vier Jahre. Vorher waren es 6 %. Die Billigung messen wir Zustimmung zu drei Aussagen: „Wenn sich andere bei uns breitmachen, muss man ihn unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herrn Haus ist.“ Der Aussage stimmten 17 % zu und weitere 19 % meinten, dies stimme, „teils-teils“. 9 % stimmen der Aussage zu: „Gewalt ist zu Erreichung politischer Ziele gerechtfertigt“; 14 % stimmten „teils-teils“ zu. Und 13 % stimmten zu: „Einige Politiker haben es verdient, wenn die Wut gegen sie auch schon mal in Gewalt umschlägt“; weitere 15 % stimmten den „teils-teils“ zu.

- Dabei beobachten wir, dass die Billigung politischer Gewalt zwar immer noch bei Menschen stärker ausgeprägt ist, die rechtsradikal orientiert sind, aber auch Menschen, die ihre politische Position in der Mitte verorten, stimmten mit 7 % der Billigung von Gewalt zu. Menschen, die ihre politische Position „links“ verorten und über hinreichend Bildung verfügen sollten, stimmten sogar mit fast 15 % der Billigung politischer Gewalt zu. Dort, wo sich antidemokratische und rechtsextreme Strukturen verankern und organisieren können, wie es zum Beispiel im Osten der Republik leichter gelungen ist,
- ◀ ist die Billigung von Gewalt darüber hinaus statistisch überzufällig stärker ausgeprägt. Das heißt: Antidemokratische Orientierungen werden strukturell, bilden Strukturen. 18 % der Menschen, die überwiegend im Osten aufgewachsen sind, stimmten der Gewalt Billigung zu. Das sind 10 % mehr als derjenigen, die überwiegend im Westen aufgewachsen sind.

Die Billigung von Gewalt ist ein zentrales Element rechtsextremer Einstellungen. In der Mitte-Studie aus dem letzten Jahr mussten wir feststellen, dass mittlerweile 8,3 % an Menschen in der Bevölkerung, achtzehn verschiedenen rechtsextremen Aussagen eindeutig zustimmt. Das war ein Anstieg um 6 % im Vergleich zum Jahr 2021. Besser Gebildete haben ein weniger stark ausgeprägtes rechtsextremes Weltbild, allerdings weisen 6 % der Befragten mit Abitur ein rechtsextremes Weltbild auf und der

Unterschied zu schwächer gemeldeten ist geringer, wenn wir uns den Graubereich berücksichtigen: Jede fünfte befragte Person, lehnte rechtsextreme Aussagen nicht ab, sondern stimmte mal zu, mal „teils-teils“. Dieser Graubereich ist um 8 % angestiegen. Bildung sollte nicht befähigen, sich in den demokratischen Orientierungen in die Sphäre des Teils-Teils zu begeben.- Wenn es um Grundnormen und Werte der Demokratie geht, dann kommt es auf eine eindeutige Haltung an, die darin besteht bei aller Kritik rechtsextreme Sätze klar abzulehnen. Beispiel mögen das verdeutlichen. 7 % stimmen der Aussage zu: „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“; weitere 19 % meinten dies stimme „teils – teils“. 24 % meinten: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“; weitere 19 % stimmte dem teils-teils zu. 12% stimmten zu: „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“; weitere 12 % lagen wiederum in Teils–Teils-Bereich.

Zugleich ist zu beobachten, dass die neuen ideologischen Milieus ihre eigenen Parallelgesellschaften ausbilden. Im ARD Deutschland Trend vom Februar 2024 sind 66 % der dort Befragten AfD – Anhänger der Meinung: „Es ist mir egal, dass die AfD in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht.“

Solche Einstellungsmuster, Ideologien, politischen Wahrnehmungen und Demokratiedistanzierung können strukturell werden. In unseren Studien können wir zeigen, dass dort, wo sich ein bestimmtes Meinungsklima verankern kann, ideologisch motivierte Straftaten auch deutlich häufiger vorkommen. Der Rechtsextremismus und Rechtspopulismus wird strukturell und das bedeutet zugleich, dass er in den neuen Räumen der Parallelgesellschaft auch in die Kultur und Bildungseinrichtung einsickert, und sei es vielleicht auch nur als Toleranz für Meinungen und Taten anderer. Bildung und Kultur sind gerade für neue Rechte, ideologische Gruppierungen und Parteien wichtig und zentrale Räume zur Etablierung der eigenen Weltsicht. Es sind die vorideologischen Räume.

Dabei gelingt die Öffnung für antidemokratische Weltsichten in dem Maße, wie es Populismus und Extremismus gelingt, das Misstrauen gegenüber der Demokratie und die Menschenfeindlichkeiten gegen andere und Andersdenkender mithilfe der Suggestion politischer, Selbstunwirksamkeit und Hilflosigkeit zu verbinden. Ohnmacht öffnet für Verschwörungsmythen, Populismus und das, was wir an neuen Ideologien und ideologischen Bewegungen während der Coronapandemie beobachtet haben. Wir haben dies als völkisch autoritäre rebellische Einstellungen gekennzeichnet. Es ist eine bürgerliche Demokratiedistanz, die sich selbst als Widerstand versteht, als eine Rebellion, gegen ‚die da oben und das System‘.

Wir beobachten mit ihrem Aufkommen zeitgleich eine Rücknahme des wichtigsten Kapitals, das Bürgerinnen und Bürger haben, um Institutionen der Demokratie zu stützen: das Vertrauen in Behörden, Gerichte und Universitäten. Nur noch jede zweite befragte Person in der Mitte-Studie hat ein klares Vertrauen in die Institutionen. Wir beobachten ferner eine Rücknahme von Medienvertrauen und zugleich einen Anstieg von empfundener politischer Einflusslosigkeit auf 39 %. Die Vertrauensverluste sind dabei

ein europäisches Problem. Die Ergebnisse der bisherigen Eurobarometer-Studien der Europäischen Kommission zeigen, dass bis auf Dänemark sämtliche Regierungen massive Vertrauensverluste erleben.³

Bereits in den 1930 Jahren haben Leo Löwenthal und Norbert Guttermann in ihrer Studie „Falsche Propheten“⁴ gezeigt, dass das Gefühl der Ohnmacht durch die populistische Propaganda soweit verstärkt wird, dass sich Menschen öffnen für Untergangs- und Verschwörungsmythen. In der Mitte-Studie des letzten Jahres beobachten wir: 38 % in der Mitte teilten Verschwörungsmythen, wie jene Erzählung, dass „Politiker Marionetten dahinter stehen der Mächte“ sind. Ein Drittel beurteilte Politik populistisch, und nimmt zum Beispiel an, dass „die Parteien das Volk betrügen“. Und auch ein Drittel hat eine völkisch-autoritäre und vermeintlich rebellische Haltung, die sich zum Beispiel darin ausdrückt, dass Menschen glauben, das Land gleich „inzwischen mehr einer Diktatur.“ Löwenthal und Guttermann zeigten in ihren Analysen faschistischer Propaganda in USA der 1930 Jahre, sind Menschen ohnmächtig, dann öffnen sie sich noch mehr für Feindbilder und Vorurteile gegenüber Gruppen, die vermeintlich für all die gesellschaftlichen Probleme verantwortlich sind: 10 % sind nach Analysen der Mitte-Studie antisemitisch, ein Drittel rassistisch, fast jede fünfte befragte Person klassizistisch und jede zehnte Person offen sexistisch eingestellt in der Mitte-Studie. Es verwundert mit dem Blick auf die Ressentiments nicht, dass bereits während der Pandemie in Deutschland die hass- und vorurteilsbasierten Hassstaten angestiegen sind. Dabei folgt die Abwertung der anderen, die Herabwürdigung nicht eine einfachen Frustrations-Aggressions-Annahme: Unsere Analysen zeigen, dass weniger eine echte Benachteiligung oder soziale Ungleichheit als viel mehr die Wahrnehmung von Krisen, eine autoritäre Orientierung im Umgang mit Abweichung, ein Anspruchsdenken, die generelle Unterteilung von Menschen in höher- und minderwertige, sowie die Idee, dass in dieser Gesellschaft jene, die scheitern, selbst daran schuld sind, die Abwertung von Minderheiten in der Gesellschaft erklärt.

Zweite Beobachtung: Wo es bigott wird oder versagt

Schon frühere Analysen, die wir Ende der 1980er Jahre durchgeführt haben, zeigen, dass die Bildung einen bremsenden Effekt auf die Öffnung für rechtsradikale und vor allen Dingen intolerante Einstellungen hat. Dieser Effekt ist jedoch weitaus stärker, wenn es um Vorurteile und antidemokratische Einstellung geht, die Menschen mit Bildung als solche leichter entdecken können. Der sogenannte Bildungseffekt, der stärker ist als Einkommens und Schichteffekte, wird geringer, wenn es um subtile und versteckte Vorurteile geht, wie zum Beispiel den auf Israel bezogenen Antisemitismus, oder Möglichkeiten, Minderheiten Positionen und Ressourcen vorzuenthalten mit dem Argument, sie könnten ja anderes

³ <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2872>

⁴ neu aufgelegt: <https://www.suhrkamp.de/buch/leo-loewenthal-falsche-propheten-t-9783518587621>

viel besser. Frauen kennen das von einem wohlmeinenden Sexismus, der unterstellt, dass Frauen besser Kinder hüten könnten als Männer und dies dazu führt, dass ihnen Positionen vorenthalten werden.

Bigotterie und das Messen mit zweierlei Maß hebeln die offensichtlichen Schicht- und Bildungsunterschiede aus, ebenso wie paradoxe Einstellungen. Ich nenne als Beispiel das Zusammenhaltsparadoxon, welches wir in den Studien dokumentiert haben. Im Jahr 2020 haben wir in der repräsentativen Studie „Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit“, die wir mit Förderung der Mercator Stiftung durchgeführt haben, festgestellt, dass dort 53 % meinten: „Das Zusammenleben mit Migranten wird den Zusammenhalt in Deutschland stärken;“ 27 % meinten, dies träfe nicht zu.⁵ Zugleich bekunden in der Mitte-Studie mittlerweile 51%, der Zusammenhalt der Deutschen ist gefährdet, und es sind diese 51 %, die im Gegensatz zu jenen, die den Zusammenhalt nicht als gefährdet betrachten, die Vielfalt in der Gesellschaft weniger schätzen, stärkere Vorteile äußern wie auch eine ganze Palette weiterer antidemokratische Einstellungen aufweisen. Der auf das Land bezogene Zusammenhalt erscheint als einer in dem die Zugewanderten, wie andere Minderheiten nicht mitgedacht sind. Das Wissen und die Erfahrungen der Migration führen nicht zu einem veränderten Konzept von gesellschaftlichem Zusammenhalt zu dem viele und andere gehören.

Die Beurteilung der Bedeutung von gesellschaftlichen Minderheiten wird mit der Frage der Privilegien zusammengebracht. Wie banal sich dies dann alles ausgestaltet, konnten wir ungewollt bei der Veröffentlichung des Sylt-Videos nahezu live mitbekommen.⁶ Dabei geht es auch um die unangenehme Frage nach der Verteilung von Privilegien. Neben einer wohlmeinenden Diskriminierung spielt auch eine weitere Facette bigotter Herabwürdigung eine Rolle in unserer Forschung: Die Missachtung. Subtile Formen der Herabwürdigung zeigen sich, wenn Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe, und sei sie nur von außen künstlich oder erzeugt, Merkmale zugeschrieben werden, die sie nicht haben. Missachtung zeigt sich in Formen der Diskriminierung. In der Studie, Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit aus dem Jahr 2020 gaben 25 % der Menschen mit Migrationsgeschichte an, dass Ihnen der Zugang zu öffentlichen Lokalen verwehrt sei, weitere 20 % meinten, dass „teils-teils“. 37 % meinten, dass Ihnen der Zugang zu öffentlichen Plätzen und Bereichen erschwert sei. In unseren neueren Forschungen gehen wir dabei, solchen indirekten und weniger sichtbaren Formen der Diskriminierung, die nicht von Bildung gebrochen werden, genauer nach. Wir vermuten, dass viele Diskriminierungen allein deshalb verdeckt werden, weil wir gesellschaftlich das Versprechen von Gleichwertigkeit und Würde nicht halten können. Dies zeigt sich auch in Erfahrungen der Missachtung von Identitäten und eigenen Lebensgestaltungen von Menschen, die als „Fremde“ markiert werden. Viele Studien dokumentieren, wie Menschen mit Migrationsgeschichte in ihrer Identität missachtet werden.⁷

⁵ <https://www.stiftung-mercator.de/de/publikationen/einstellungen-zur-integration-in-der-deutschen-bevoelkerung/>

⁶ <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Rechtsextremismus-Experte-Kraske-Sylt-Video-ist-ein-Warnsignal,sylt1696.html>

⁷ Ein Beispiel bieten die Missachtungserfahrungen von Muslimen: <https://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Studien/uem-abschlussbericht.html>

Aus diesen Beobachtungen, die soll Bruchstellen für die Demokratie, die einerseits direkte Gefahren sichtbar gemacht haben und andererseits die Sensibilität für oft unbemerkte Distanzierung von der Demokratie kenntlich gemacht haben sollten, ergeben sich meines Erachtens Konsequenzen für ein neues Lernen, welches wir anstiften können.

Ein Wunsch: Mehr und andere Bildung

Es scheint so banal wie naheliegend: Für junge Menschen wäre mit Blick zur Stabilität der Demokratie ein wenig mehr Demokratiebildung gut. Ein Beispiel mag es verdeutlichen. In der Studie der TUI-Stiftung⁸ fallen die deutschen Befragten Jugendlichen durch ambivalente, wie weniger stabile Demokratie-einstellungen auffallen. Im Vergleich zu Jugendlichen anderer europäischer Länder sinkt die Zustimmung zur Meinung: „Die Demokratie ist alles in allem die beste Staatsform“ auf 63% von 67% im Jahr 2018. Es steigt die Zustimmung zur Aussage: „Die Demokratie ist genauso gut oder schlecht wie andere Staatsformen“ auf 23% von 17% in 2018. Auch in der Jugendstudie der Vodafone Stiftung 2022 kommen die Autoren zum Fazit: „Die junge Generation will politisch mitwirken – aber drei Viertel erleben die deutsche Demokratie als zu schwerfällig, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu lösen.“⁹ Das Versprechen repräsentativer Demokratien wird in den Augen junger Menschen nicht eingelöst. Einige junge Menschen vertrauen daher vielleicht eher einer Elitendemokratie, oder in die Ansage durch wenige, die mit starker Hand führen. Dabei könnten sie durchaus den Fehler machen, dass sie die Diktatur als eine Form von Demokratie betrachten, worauf einige Studienergebnisse hinweisen.

Ich würde gerne die Demokratiebildung neben der so viel geforderten politischen Bildung, die im Übrigen in Schulen einen kaum sichtbaren Anteil hat, weiter zerlegen und genau fragen, welche Bildung könnten wir angesichts der Ergebnisse gut gebrauchen. Dazu möchte ich zwei Vorschläge machen, die zum Teil jenseits der klassischen Bildungsformate und -angebote liegen. Ich würde mir mehr *Friedensbildung* wünschen, angesichts der Gewalt, die ich genannt habe und der Tatsache, dass es wieder Kriege gibt und moderne Kriege internationaler werden. Ferner bin ich der Meinung, dass es mehr *emanzipatorischer Bildung* bedarf angesichts dessen, dass Bildung ausgrenzen kann und zugleich Bildung das Kapital ist, selbstwirksam durch das Leben zu kommen.

(ad 1) *Friedensbildung*: Auch wir sind konfrontiert mit einem Krieg Russlands in der Ukraine sowie der Tatsache, dass Kriege immer stärker global werden und wir einen neuen innergesellschaftlichen Frieden brauchen. Wir leben in Zeiten eines instabilen innergesellschaftlichen Friedens. Und es zeigt sich immer stärker, dass sich ein innergesellschaftlicher Unfrieden mit anderen Konflikten, die, global und

⁸ <https://www.tui-stiftung.de/unsere-projekte/junges-europa-die-jugendstudie-der-tui-stiftung/jugendstudie-2024/>

⁹ <https://www.vodafone-stiftung.de/jugendstudie-2022/>

international sind, verbindet. Wir haben mit Beginn des Krieges Russlands in der Ukraine eine Studie durchgeführt, die nach dem Friedenskonzept der Deutschen gefragt hat. Herausgekommen ist, dass wir kein Friedenskonzept unter den Befragten finden konnten. Angesichts der vielen Konflikte, in denen wir uns ständig befinden, und von denen wir hoffen, dass sie zu einem positiven Wandel führen, wäre es gut, ein Friedenskonzept zu haben, welches auch ganz unabhängig von Fragen eines nur militärisch bestimmten Friedens eine Orientierung bietet. Bildung könnte sich auch darin erweisen, dass wir wissen, wie wir Frieden innerhalb und außerhalb der Gesellschaft eine Chance geben.

Ein interessantes Konzept aus der Friedensforschung ist das kaum bekannte Konzept des emanzipatorischen Friedens. Nach Meinung von Oliver Richmond beschreibt "Emanzipatorischer Frieden (...) eine Form des Friedensprozesses, die mehr als nur grundlegende Sicherheit bietet, sondern auch Rechte, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit fördert und direkte oder indirekte Gewalt beseitigt."¹⁰ Es geht um die Balance zwischen wirtschaftlicher Bemessung von Gesellschaft und Zusammenhalt und der Wahrung von Freiheit und Entfaltung. Richmond appelliert: „Bestehende nationale und internationale Systeme können genutzt und verbessert werden, um eine Emanzipation zu erreichen, die den Ansprüchen der Subalternen in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen gerecht wird. Alterität und erweiterte Rechte, globale Gerechtigkeit, Netzwerke, Mobilität, Nachhaltigkeit und Gemeingüter bilden den Kontext für dieses Umdenken in Bezug auf Emanzipation, das mit dem derzeitigen Übergang von einer "analogen" zu einer "digitalen" Welt zusammenhängt. Diese Entwicklung beginnt, neue Formen der Emanzipation mit Debatten über globale Gerechtigkeit zu verbinden, die in Verbindung mit Netzwerken, Mobilität, Relationalität und Nachhaltigkeit über Zeit, Raum und Struktur hinweg funktionieren.“
Das alles ist mit klassischer Bildung nicht allein zu erreichen. Vor fast genau einer Woche kam die Meldung, sondern bedarf kreativer Bildung zu Demokratie und Frieden. Im Jahr 2022 hat PISA erstmals die Fähigkeit zum kreativen Denken bei Schülerinnen und Schülern in 64 Ländern und Volkswirtschaften untersucht. Singapur, Korea, Kanada, Australien, Neuseeland, Estland und Finnland erzielten dabei die besten Ergebnisse. Leistungsstarke Bildungssysteme schneiden nicht nur in standardisierten Tests wie Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften gut ab, sondern auch in kreativen Denkaufgaben.

(ad 2) Letztendlich sollte alle Bildung in einer Demokratie, aber insbesondere eine Bildung, die vor der Herabwürdigung anderer schützt, eine *emanzipatorische Bildung* sein. Das wäre eine Bildung, die als Bildung von kritischem Bewusstsein verstanden werden kann. Die Wuppertaler Erziehungswissenschaftlerin Miriam Schwarzenthal nennt drei zentrale Elemente einer solchen Bildung: Kritische Reflexion über Ungleichheiten, die Stärkung von Wirksamkeit und ein Handeln für die Gleichwertigkeit.¹¹ Die aktuellen Jugendstudien zeigen, dass junge Menschen aus einer Bildung, die selbstwirksam ist, wieder Hoffnung schöpfen können. Meines Erachtens heißt emanzipatorische Bildung Hoffnung machen. John Braithwaite, der das Konzept emanzipatorischer Bildung verfolgt, meint: "Sowohl die Dynamik Hoffnung schafft Emanzipation als auch die Dynamik Emanzipation schafft Hoffnung sind in der Politik

¹⁰ Richmond, O. P. (2022). What is an emancipatory peace? *Journal of International Political Theory*, 18(2), 124-147. <https://doi.org/10.1177/17550882211036560>

¹¹ Vgl.z.B. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/jora.12713>

der Befreiung wichtig, wobei die erstere für die politischen Vorbedingungen und letztere für die Veränderung der Bedingungen wichtiger ist.“¹² Damit stellt sich die Ausgangsfrage erneut: Wir werden Mitglieder in Gesellschaft in dem Maße, wie sich eine Balance zwischen Persönlichkeitsbildung und Beziehungen zur Umwelt ergeben? Emanzipatorische Bildung müsste eine beachtende Bildung sein. Die heißt anderen nicht erlauben, da und anders zu sein, auf ‚die Anderen‘ duldend zuzugehen, uns was ‚für die Anderen‘ zu überlegen, sondern anderen Wege zu bereiten, auf denen sie nicht missachtet werden. Es geht also um eine Bildung der Wertschätzung für andere, letztendlich eine Toleranzbildung.

Eine Frage: Wie machen wir weiter?

Das ist einfach: Wir können reden und uns (besser) austauschen. Vielleicht reden wir noch mehr über das, was wir können und uns verbindet: eine Anstiftung zur Demokratie. Das heißt, wir helfen uns gegenseitig, schmieden Allianzen und überlegen, wie wir Menschen dazu anstiften, bei anderen die Kompetenzen zu fördern und zu vermitteln: (a) Demokratische Zustände einzuschätzen, sie zu kontrollieren und sie herzustellen, also Zivilität und Zivilcourage zu fördern; (b) zivile Kulturen und Strukturen zu schaffen, in denen Missachtungen aufgrund von Menschenfeindlichkeiten gebremst und verhindert werden; (c) zivile Räume zu schaffen in denen die Würde jedes einzelnen Menschen gegeben ist.

Andreas Zick

Kontakt: sekretariat.ikg@uni-bielefeld.de

¹² Braithwaite, J. (2004). Emancipation and Hope. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 592(1), 79-98. <https://doi.org/10.1177/0002716203261741>